

## Ausgabe Januar 2015

### Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

*im Februar hatten Sie unser letztes Bürgerblatt in den Händen. Fast ein Jahr ist seitdem vergangen, und in Hammersbach sind wir wieder einige Schritte vorangekommen.*

Da, wo Bagger wühlen, kann man das recht gut sehen. Im Augenblick am besten im Gewerbegebiet LIMES an der Autobahn. Hier wurde in diesem Jahr die Landesstraße nach Eckartshausen verlegt, ein Kreisell errichtet und dicke Abflussrohre vergraben. Das Gelände wird systematisch für die Bebauung vorbereitet.

Weniger auffällig, weil mitten im Wäldchen am Klosterkopf, wird der Wasserhochbehälter für die Langen-Bergheimer Wasserversorgung technisch auf den neuesten Stand gebracht. Probebohrungen für einen neuen Brunnen werden folgen.

Schon fast wieder vergessen: die Kindergartenkinder konnten aus ihren Containern am Rathaus

wieder in die Kinderburg umziehen. Der Wasserschaden ist behoben, die Gelegenheit zu Renovierungsarbeiten wurde genutzt.

An anderen Stellen geht es nicht so sichtbar voran. Am Marköbeler Obertor wurde ein großes Bauschild aufgerichtet, das den Bau der Seniorendependance „Haus Hammersbach“ verkündet. Aber sehen kann man noch nichts. Die Vorbereitungen liefen bisher noch hinter den Kulissen ab und es gab – erklärbare – Verzögerungen. Aber schon bald...

Uns Kommunalpolitiker treibt ein Thema um, das für die meisten Bürgerinnen und Bürger wohl eher schwer zu verstehen ist, das aber für unsere Arbeit als Gemeindevertreter sehr, sehr wichtig ist: der kommunale Finanzausgleich und die Lage unserer Gemeindefinanzen. Da gibt es nichts Erfreuliches zu berichten. Die geplanten Neuregelungen haben in ganz Hessen Städte und



Wilhelm Dietzel

Gemeinden in Aufregung versetzt. Was ehrenamtlichen Gemeindevertretern abverlangt wird, ist bestens geeignet, den Spaß an der Arbeit zu nehmen. Trotzdem: Unsere Freude, an der Gestaltung Hammersbachs mitwirken zu können, werden wir uns nicht nehmen lassen! ■

### Jubiläum

## Bürgermeister Michael Göllner 10 Jahre im Dienst der Gemeinde

*Am 2. November 2004 trat Michael Göllner sein Amt als Bürgermeister in Hammersbach an. Zu zehn bewegten und erfolgreichen Jahren gratulierten ihm nun die Hammersbacher Sozialdemokraten im Historischen Rathaus Marköbel.*

Zum Empfang waren die Mitglieder des SPD-Ortsvereins eingeladen. Aber auch einige Gäste waren erschienen, darunter auch der Landtagsabgeordnete Christoph Degen (Vorsitzender der Main-Kinzig-SPD), Rodenbachs Bürgermeister Klaus Schejna (Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion), Bürgermeister Rouven Kötter aus Wölfersheim (Sprecher der SPD-Gruppe im Regionalverband FrankfurtRheinMain) und der ehemalige Erste Kreisbeigeordnete des Main-Kin-



V.l.n.r.: Michael Göllner, Ursula Dietzel, Wilhelm Dietzel, Wilfried Bender

## Jubiläum · Fortsetzung von Seite 1

zig-Kreises Dr. André Kavai. Ihre Anwesenheit, so betonte Wilfried Bender, der Vorsitzende der Hammersbacher SPD, in seiner Begrüßung, zeige das über Hammersbach ausstrahlende Netzwerk Michael Göllners und seine besondere persönliche Verbundenheit mit diesen Gästen. Nach der 20-jährigen Bürgermeisterzeit von Helga Meininger, dem „Glücksfall für Hammersbach“, könne nun auch Michael Göllner auf zehn erfolgreiche Jahre in der Gemeinde stolz sein.

In einer launigen Ansprache blickten Ursula und Wilhelm Dietzel dann auf die erste Dekade der Göllnerschen Amtszeit zurück. Sie berichteten von der Auswahl des Kandidaten, die nach dem gesundheitsbedingten Amtsverzicht Helga Meiningers schnell erfolgen musste, von den ebenso spannenden wie erfolgreichen Wahlkämpfen, in denen sich Michael Göllner immer unangefochten durchsetzen konnte, und natürlich auch von den Herausforderungen des Amtes, denen der Bürgermeister sich in den vergangenen zehn Jahren stellen musste.

Anfangs seien der neuen Bürgermeister, seine Persönlichkeit und sein Arbeitsstil auch für manche Parteifreunde gewöhnungsbedürftig gewesen. Jugendliche Unbekümmertheit und ein besonderer Humor hätten hin und wieder

zu Irritationen beigetragen, aber schon bald habe der „Neue“ überzeugt, ohne sich dabei verbiegen zu müssen. Von Anfang an habe er seine Aufgaben mit großer Ernsthaftigkeit wahrgenommen, die Projekte seiner Vorgängerin aufgenommen und professionell zu Ende gebracht. Um sich dann routiniert neuen Aufgaben zu widmen, an denen er gewachsen sei. „Heute wissen wir von dir, du bist ein Anpacker, ein Macher mit einer unbändigen Energie. Ein Bürgermeister für alle, aber mit einem klaren sozialdemokratischen Kompass. Du weißt, warum du tust, was du tust“, lobten die beiden ihren Bürgermeister. Er beweise einen langen Atem und große Geduld und lasse sich auch von Hindernissen und Fallen nicht so leicht vom Weg abbringen. „Du bist aber auch ein gelassener Pragmatiker, der weiß, wann sich ein Einsatz nicht oder noch nicht lohnt, weil die Zeit für ein Projekt noch nicht reif ist. Dann kannst du warten, ohne zu leiden.“

In der Zusammenarbeit mit den Gemeindevertretern lege er Wert auf gleiche Augenhöhe für alle. Er pflege Offenheit und Transparenz und überzeuge durch Argumentation. „Ein Basta-Typ bist du nicht, auch

wenn du dir nichts gefallen lässt.“ Offen und freundlich wende er sich auch den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde zu, was ihm den Respekt und die Anerkennung vieler Hammersbacher eingetragen habe. Mit einem herzlichen Dank für die die zehn Jahre unermüdlicher Arbeit im Dienste der Gemeinde und einem Glückauf für die kommende Zeit endeten Ursula und Wilhelm Dietzel ihren Beitrag und überreichten Bürgermeister Göllner ein Geschenk der Hammersbacher Sozialdemokraten.

Mit freundlichen Grußworten und kleinen Präsenten schlossen sich weitere Gäste an. Ehrenbürgermeisterin Helga Meininger amüsierte ihre Zuhörer schließlich mit Erinnerungen an die Zeit, als der junge Forstingenieur Göllner bei der Gemeinde angestellt wurde und sich die ersten Sporen verdiente. Da habe er schon bald gezeigt, welches Potential in ihm steckt.

Michael Göllner war sichtlich beeindruckt vom vielen Lob und bedankte sich herzlich. „Ich bin sehr, sehr gerne Bürgermeister in Hammersbach, und ich will es noch viele Jahre bleiben. Es gibt hin und wieder Stimmen, ich hätte Ambitionen auf andere Positionen, aber ich kann allen versichern, mein Platz ist hier in Hammersbach.“ ■



## Interkommunales Gewerbegebiet

## Erste Verkaufsabschlüsse im Interkommunalen Gewerbegebiet LIMES

*Die Siedlungs- und Gewerbeentwicklung ist eines der großen Themen für unsere Gemeinde. Zuletzt hat sich die SPD-Fraktion der Gemeindevertretung auf ihrer Klausurtagung im November damit eingehend beschäftigt.*

Auf der einen Seite liegt der Schwerpunkt in der Innenentwicklung. Hier gilt es vor allem, die alten Ortskerne lebendig zu erhalten und nötige Nutzungsänderungen zu gestalten. Auf der anderen Seite ist im Bereich der Gewerbesiedlung das Hammersbacher Mega-Thema die Erschließung und Entwicklung des großen interkommunalen Gewerbegebietes LIMES östlich der Autobahn.

Im Zweckverband der drei beteiligten Kommunen Büdingen, Limeshain und Hammersbach

ist Bürgermeister Michael Göllner der Verbandsvorsitzende. In der Verbandsversammlung, dem Parlament des Verbandes, vertreten Sabine Kropp, Ursula und Wilhelm Dietzel die Hammersbacher SPD. Man ist also nah dran an den Entscheidungen und Abläufen.

Derzeit werden die ersten Verkaufsabschlüsse protokolliert. Die weltweit tätige Firma Riedl & Tschierschke, die auf Schwermontagen, Verschub- und Hebetchnik, Betriebsverlagerungen und Transporte spezialisiert ist, und die Firma Cartec nutzen als Erste die Nähe zur Autobahn, um sich hier anzusiedeln. Weitere Interessenten für die Grundstücke sind teilweise aus der näheren Region, da aber die Lage und die Grundstückspreise sehr attraktiv sind, werden auch viele Gespräche mit bun-

desweit agierenden Firmen aus den Bereichen Logistik, Fertigung und Produktion geführt.

Die Erschließung des Gewerbegebietes soll bis Ende des ersten Halbjahres 2015 komplett fertig gestellt sein. Die ersten Bauprojekte können von den Firmen allerdings in Absprache mit der Bauverwaltung auch schon früher begonnen werden.

Bürgermeister Michael Göllner sieht die Entwicklung positiv: „Uns gelingt es hier für die beteiligten Kommunen Büdingen, Hammersbach und Limeshain Arbeitsplätze zu schaffen und zukünftig Gewerbesteuer einzunehmen. Das wird maßgeblich zur Entlastung der kommunalen Finanzen beitragen.“ ■

## Seniorendependence „Haus Hammersbach“

## Endlich: Anfang 2015 startet der Bau der Seniorendependence

*Eines der großen Entwicklungsprojekte, für die sich die Hammersbacher Sozialdemokraten einsetzen, ist die Errichtung der Seniorendependence „Haus Hammersbach“ in Marköbel. Der Bau des letzten der vier Seniorenheime, die gemeinsam vom Alten- und Pflegezentrum des Main-Kinzig-Kreises betrieben werden, soll nun endlich im Januar 2015 begonnen werden.*

Darauf warten viele Bürger schon ungeduldig. Warum hat das so lange gedauert? Im letzten „Bürgerblatt“ haben wir uns schon ausführlich damit beschäftigt: Es liegt an den besonderen Bedingungen in Hammersbach. Anders als in Neuberg, Ronneburg und Limeshain handelt es sich hier bei uns um ein innerörtliches Entwicklungsprojekt, bei dem viele Komponenten kompliziert ineinander spielen. So musste die Gemeinde die Grundstücke erwerben,

wozu auch die Mittel aus der Dorferneuerung benötigt wurden. Dann mussten Grundstücke getauscht werden, um mehr Platz zu schaffen und um das Projekt „Betreutes Wohnen“ zusätzlich zu integrieren. Schließlich müssen jetzt noch die Altgebäude abgerissen werden, wozu auch wieder Fördergelder der Dorferneuerung akquiriert werden mussten. Tatsächlich geht das dann manchmal nicht so schnell wie gewünscht.

Sabine Kropp, die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses in der Gemeindevertretung, ist froh, dass es nun losgeht: „Unsere Geduld wurde ganz schön strapaziert, und für dieses Projekt mussten wirklich dicke Bretter gebohrt werden. Man muss nicht nur eine gute Idee haben, sondern einen sehr langen ▶



Sabine Kropp



## Seniorendependence „Haus Hammersbach“ • Fortsetzung von Seite 3

Bildquelle: © Gemeinde Hammersbach



Atem, um alle Rahmenbedingungen zu erfüllen. Und letztlich musste die Gemeinde auch bereit sein, viel Geld in die Hand zu nehmen. Sicher werden sich später, wenn alles mal im Betrieb und fertig ist, viele selbsternannte Väter des Projektes finden. Das sei auch allen gegönnt. Klar ist aber, dass ohne das Verhandlungsgeschick und die Zielstrebigkeit von Bürgermeister Michael Göllner und ohne

die Kooperationsbereitschaft der Mitarbeiter des Sozialministeriums und der Verantwortlichen beim Main-Kinzig-Kreis in den Bereichen Dorferneuerung und dem Alten- und Pflegezentrum dieses bundesweit beachtete Modellprojekt nicht möglich gewesen wäre. Wir freuen uns, dass nun im Januar mit dem Abriss der alten Gebäude begonnen wird und anschließend die eigentlichen Bauarbeiten beginnen.“ ■

## Ärztliche Versorgung

## Ein Zukunftsthema: ärztliche Versorgung

*Ein wichtiges kommunales Thema, bei dem die Städte und Gemeinden aber leider nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten haben, ist die Zukunft der Gesundheitsversorgung.*

Momentan gibt es im Main-Kinzig-Kreis, zumindest statistisch gesehen, noch eine Vollversorgung mit Hausärzten. Allerdings mangelt es tatsächlich bereits heute an vielen Orten an einer wohnortnahen Versorgung. Das ist nicht nur im östlichen Main-Kinzig-Kreis der Fall, sondern zunehmend auch in unserer Region.

„Dort wo Nachfolger für Arztpraxen gesucht werden, wird das Problem schlagartig offensichtlich. Und die Altersstruktur der Hausärzte im Kreis zeigt, dass bald fast jede Gemeinde nach neuen Ärzten suchen wird“, so Bettina Kraft, die Vorsitzende des Sozialausschusses in

der Gemeindevertretung. Im Projekt „Regionales Gesundheitsnetz“ das der Main-Kinzig-Kreis mit Fördergeldern des Landes Hessen gestartet hat, sehen die Hammersbacher Sozialdemokraten deshalb einen wichtigen Ansatz, um dem Problem beizukommen.

„Wir Kommunalpolitiker können hier nicht viel mehr machen, als Einfluss auf die Entscheidungsträger zu nehmen, die die ärztliche Versorgung steuern. Dazu zählen neben der Politik vor allem auch Organisationen wie die Kassenärztliche Vereinigung. Wir begrüßen es deshalb, dass der Kreis und die Kommunen versuchen, regionale Versorgungskonzepte und Versorgungsanalysen zu erstellen, aus denen dann Bedarfe und Lösungsmöglichkeiten abgeleitet werden können“, so Bettina Kraft.



Bettina Kraft



Die SPD freut sich jedenfalls, dass es dem Gemeindevorstand um Bürgermeister Michael Göllner gemeinsam mit Martin Horz bereits gelungen ist, für die Hausarztpraxis in Langenbergheim eine Nachfolgerin zu finden. Mit der Stationierung der Johanniter Unfallhilfe im alten Feuerwehrhaus in Marköbel, deren Einsatzkräfte nun 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen, und mit der kommenden Senioren-Dependance „Haus Hammersbach“ sind für die gesundheitliche Versorgung in unserer Gemeinde weitere entscheidende Meilensteine gesetzt worden. ■

[www.gesundheitsnetz-mkk.de](http://www.gesundheitsnetz-mkk.de)

**Wilfried Bender zum Thema:**

## Flüchtlinge in Hammersbach herzlich willkommen – oder?

*Die Krisenherde in der Welt, ob in Afrika, im Nahen Osten oder irgendwo anders, bringen viele Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen, um in Frieden leben zu können. Meistens sind es die unmittelbaren Nachbarländer, die die Hauptlast tragen. Dass auch Deutschland sich im Rahmen seiner internationalen Verpflichtungen dazu bekennt, Hilfe zu leisten und Flüchtlinge aufzunehmen, ist für uns Sozialdemokraten ein Zeichen der Menschlichkeit und eine selbstverständliche Pflicht.*

Leider nehmen einige den Zuzug von Flüchtlingen zum Anlass, um gegen eine angebliche Überfremdung und gegen Ausländer zu hetzen. Dagegen müssen sich alle demokratischen Kräfte energisch verwahren.

Die ungetriebene Debatte über die Aufnahme der Flüchtlinge wird dadurch befeuert, dass es tatsächlich Probleme gibt. Denn zur Wahrheit gehört es auch, dass die Kommunen wieder einmal alleine gelassen werden.

Die Aufnahme von Flüchtlingen und die Unterbringung und Betreuung in den Kreisen, Städten und Gemeinden ist keine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, sondern eine Weisungsaufgabe. Die Kommunen werden damit beauftragt und erfüllen ihren Auftrag bereitwillig. Sie müssen dafür auch entsprechende finanzielle Mittel erhalten, und genau das ist nicht in ausreichendem Maße der Fall!

Bundes- und Landespolitiker erzählen immer wieder gerne, wieviel Millionen Euro Bund und Land in den eigenen Haushalten für diese Aufgabe bereitstellen. In den Städten und Gemeinden kommt aber entschieden zu wenig Geld an. Die Kosten für die Unterkünfte werden meist noch zu 100 Prozent übernommen. Aber es gibt bereits viele Städte und Gemeinden, die mit der Erstattung der Kosten die Mieten an die Eigentümer nicht mehr vollständig bezahlen können. Denn die Erstattungen sind gedeckelt und oft unterschreiten sie den Mietpreis der Unterkünfte. Überhaupt nicht berücksichtigt werden die Kosten, die den Kommunen für die Betreuung der Menschen

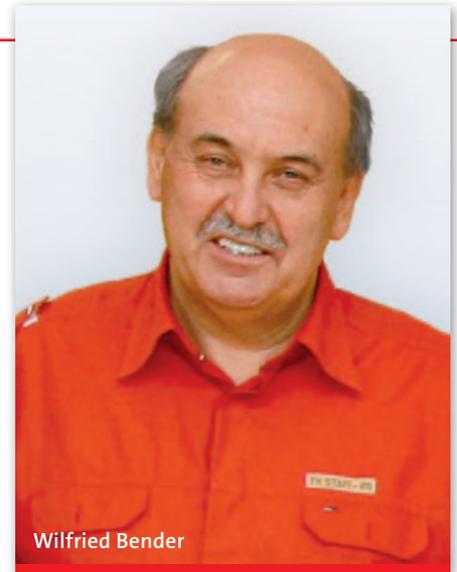
entstehen. Denn natürlich brauchen sie Unterstützung bei vielen Problemen ihres ungewohnten neuen Lebens.

Wer von einer „Willkommenskultur“ und von Integration spricht, kann ja nicht ernsthaft denken, dass die Flüchtlinge in unsere Städte und Gemeinden kommen, ohne dass hier eine aktive Betreuung stattfindet. Glücklicherweise gibt es fast überall, so auch bei uns in Hammersbach eine große Anzahl von Menschen, die sich in unglaublicher Art und Weise helfend engagieren. Dafür sind wir ihnen sehr dankbar. Doch auch ihre Arbeit und darüber hinaus vieles Weitere, was auch die Freiwilligen überfordert, muss von den Kreis- und Gemeindeverwaltungen begleitet und bewältigt werden.

Es ist eine nicht zu überbietende Ignoranz, wie die Bundes- und Landespolitik dieses Problem auf die Kommunen abschiebt, weil man selbst nicht bereit ist, das nötige Geld vollständig zur Verfügung zu stellen. Gerade in Hessen trifft das Kommunen, die ohnehin nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushaltsdefizite auszugleichen.

### **Für uns gilt deshalb Folgendes:**

**Die Menschen, die aus Not ihre Heimat verlassen müssen, sind uns willkommen. Wir tun alles dafür, diese Menschen gut unterzubringen und gut zu betreuen.**

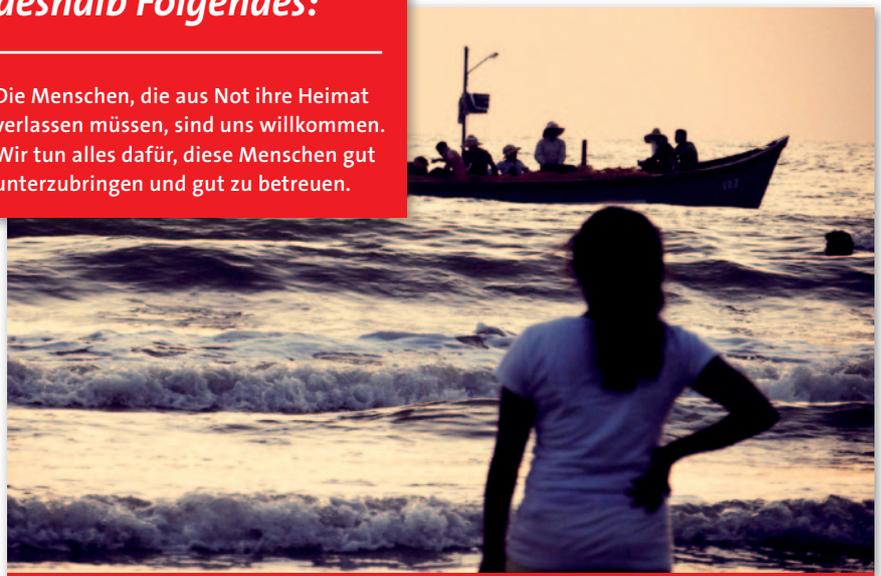


Wilfried Bender

Viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge und leisten so für die Gesellschaft einen unschätzbaren Dienst. Dafür sind wir ihnen dankbar.

Wir erwarten von den Menschen, die zu uns kommen, im Gegenzug auch den Willen und die Bereitschaft sich zu integrieren. In Hammersbach erleben wir das.

Wir erwarten von Bund und Land, endlich den Kreisen, Städten und Gemeinden die Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge in voller Höhe zu erstatten. Oder sollen die Gemeinden die Grundsteuern weiter erhöhen, um auch diese Weisungsaufgabe erledigen zu können? Das wäre Wasser auf die Mühlen aller unverbesserlichen Hetzer. ■



Bildquelle: © pixabay - Fotograf: antriksh



Im Interview: Michael Göllner

## Warum der „Kommunale Finanzausgleich“ ganz Hessen aufregt

Ein Sturm der Entrüstung geht derzeit durch unser Bundesland. Die Landkreise, Städte und Gemeinden beklagen, dass sie vom Land Hessen durch den kommunalen Finanzausgleich (KFA) nicht auskömmlich finanziert werden. Die Landesregierung hingegen feiert sich dafür, dass sie die Kommunal Finanzen ab 2016 neu regelt und viele Kommunen zukünftig mehr Geld hätten als vorher.

Dieses komplexe Thema wollen wir in einem Interview mit Bürgermeister Michael Göllner näher beleuchten:

### Was hat der Finanzminister geregelt?

Im Prinzip hat der Finanzminister geregelt, wie viel Geld in den Topf gehört und wie dieses Geld verteilt wird.



SPD-Protest gegen die Neuregelung des KFA

### Weshalb hat der Finanzminister das neu geregelt?

Zunächst einmal hat das Land Hessen im Jahr 2011 den Topf des KFA um etwa 344 € jährlich gekürzt. Begründet wurde dies damit, dass die hohen Einnahmen der Kommunen zu überproportional hohen Zahlungen Hessens in den Länderfinanzausgleich führen würden. Kurz gesagt, dass Land vertrat die Auffassung, durch die hohen Einnahmen der Kommunen habe es selbst zu hohe Belastungen. Später musste ein zuständiger Mitarbeiter des Finanzministeriums zugeben, dass diese Begründung nicht

stimmte, da die zugrunde liegenden Berechnungen fehlerhaft waren.

### Weshalb aber nun die neue Verteilung der gekürzten Mittel?

Das Land wollte das Geld eigentlich weiterhin so verteilen wie immer. Allerdings hat die Stadt Alsfeld gegen das Land geklagt. Denn die Verfassung legt ja ausdrücklich fest, dass den Städten und Gemeinden genug Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden muss. Die Richter am Staatsgerichtshof in Kassel stellten dann fest, sie könnten bei den bisherigen Regelungen für den KFA nicht wirklich beurteilen, ob den Kommunen genügend Geld zur Verfügung steht. Deshalb müsse das Land zukünftig (ab 2016) den Finanzbedarf der Kommunen genau berechnen

und sie entsprechend ausstatten. Eine solche Berechnung hat es vorher nie gegeben – aber alle waren (bis zur Kürzung 2011) mit dem System einigermaßen zufrieden.

### Der Finanzminister sagt ja, er habe eine umfassende Berechnung vornehmen lassen, die besagt, dass die Mittel für die Kommunen zukünftig genau dem Bedarf entsprechen. Stimmt das nicht?

Das sagt der Finanzminister. Allerdings legt er seine Rechnung nicht offen, sondern stellt nur

Grundzüge vor, nach denen seine Beamten alles berechnet hätten. Der Städte- und Gemeindebund hat eine eigene Berechnung angestellt und kommt zu dem Ergebnis, dass den Kommunen viel mehr Geld zusteht. Diese Berechnung wurde bisher noch nicht widerlegt.

### Wenn nun die echten Bedarfe der Städte und Gemeinden berechnet werden, wie der Finanzminister sagt, und entsprechend Geld zugewiesen wird, dann sind doch die Finanzprobleme gelöst, wenn die Kommunen richtig wirtschaften?

Der Finanzminister sagt, nach seiner Berechnung müssten die reichen Kommunen den armen etwas abgeben. Tatsächlich würden so künftig 60 % der Kommunen mehr Geld erhalten. Die Beträge sind aber oft nicht sehr erheblich. Sie reichen jedenfalls nicht aus, um in den Kommunen die Haushalte ausgleichen zu können. Wenn hessenweit in den meisten Gemeinden Hunderttausende oder Millionen Euro fehlen, kann dies niemand ernsthaft auf die Unfähigkeit der Kommunalpolitiker zurückführen, sondern es muss ein Fehler im System sein. Dieser Systemfehler wird auch nicht dadurch behoben, dass – wie für Hammersbach prognostiziert – nun 30.000 Euro mehr zur Verfügung gestellt werden, wenn eigentlich einige Hunderttausend Euro fehlen.

### Sind wir doch mal ehrlich. Die Proteste sind doch in erster Linie parteipolitisch motiviert?

Das behauptet die Landesregierung immer wieder. Tatsache ist aber, dass in den kommunalen Spitzenverbänden Politiker aller Parteien Sturm gegen die Pläne laufen. Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister der CDU haben ihrer Kritik genauso geäußert wie die der SPD. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Gerade hat der CDU-geführte Landkreis Bergstraße einstimmig beschlossen zu klagen, falls der KFA so umgesetzt wird. ▶



## Im Interview: Michael Göllner • Fortsetzung von Seite 6

### Kann man denn dem Land Vorwürfe machen, es hat doch selbst kein Geld?

Richtig! Auch das auch das Land finanzielle Probleme. Es will und muss die sogenannte Schuldenbremse einhalten. Ich möchte auch gar nicht anfangen zu diskutieren, wo das Land zu viel oder zu wenig Geld ausgibt. Tatsache ist aber, dass das Land immer wieder im Rahmen des Bundesrates Gesetze unterstützt hat, die zu Steuerausfällen für die Kommunen geführt haben. Dazu kommt, dass den Städten und Gemeinden immer mehr Aufgaben übertragen wurden. Besonders ärgerlich ist für mich, dass die CDU im Land vor der letzten Wahl vehement gegen Steuererhöhungen mobil gemacht hat. Nun gibt der Finanzminister aber selbst zu, dass unser System unterfinanziert ist. In der Konsequenz zwingt er jetzt die Kommunen, das zu tun, wogegen er immer gewettert hat, nämlich massiv die Grundsteuern zu erhöhen. Das trifft alle Bürger und ist letztlich nichts anderes als eine Besteuerung von Besitz und Vermögen. Die SPD hatte vor der letzten Wahl gefordert, nur Bürger, die sehr gut verdienen, und große Vermögen etwas höher zu besteuern. Das wurde verteuert. Nun müssen die Kommunen nicht nur einige, sondern alle Bürger immer weiter belasten.

### Das klingt sehr pauschal, gibt es Beispiele?

Für die Grundsteuer legt das Land jetzt je nach Gemeindegröße eine Untergrenze für den Hebesatz fest. Für uns heißt das, dass wir von zuletzt 320 Punkten auf mindestens 360 Punkte erhöhen müssen. In nächster Nähe gibt es aber schon Gemeinden, die in ihrer Not 500 Punkte ansteuern.

Ein Beispiel für zusätzliche Belastungen der Gemeinden ist die Unterbringung von Flüchtlingen. Es ist eben nicht damit getan, dass die Menschen in Wohnungen untergebracht werden, sondern sie brauchen auch eine Betreuung. Hier werden wir bisher komplett alleine gelassen.

Ein weiteres Beispiel ist die Kinderbetreuung. Die große Politik hat vor einigen Jahren entschieden, dass wir in Deutschland einen großen Nachholbedarf an Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige haben. Kein Widerspruch. Das stimmt! Dann wurden Ausbauprogramme gestartet. Und die Kommunen bekamen Zuschüsse für den Neu-



„Eine Lösung würde damit beginnen, dass die große Politik endlich ehrlich zugibt, dass wir für den Erhalt unserer **Infrastruktur**, für bessere **Bildung** und für den Erhalt einer solidarischen **Gesellschaft** mehr Geld im System brauchen.“

Michael Göllner

bau solcher Einrichtungen. Sehr gut. Damit ist es aber doch nicht getan! Die Familien haben einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, und die Kommunen schaffen so schnell sie können die Plätze. Dann müssen sie aber das Personal bezahlen. Die dafür zusätzlich entstehenden Kosten werden ihnen aber nur zu einem Bruchteil ersetzt. Die Konsequenz: Fehlbeträge im Haushalt, Streichung von Leistungen, Investitionsstau und der Zwang, die Grundsteuern zu erhöhen.

### Kann man diese Kosten beziffern?

Wir haben in Hammersbach seit 2012 36 Plätze für die U3-Betreuung geschaffen. Ich bin der Meinung, wir haben damit auch die Verpflichtung übernommen, diese Aufgabe gut zu erledigen. Das gelingt durch eine gute Ausstattung und durch genügend Personal mit einer guten Ausbildung. In der finanziellen Konsequenz bedeutet das für das Jahr 2015 eine Netto-Belastung von rund 325.000 Euro. Das Land gibt rund 90.000 Euro, die Eltern zahlen 75.000 Euro. Die Gemeinde soll die restlichen 160.000 Euro schultern. In anderen Ländern gibt es die Regelung 40 % das Land, 40 % die Kommune, 20 % die Eltern. In Hessen sind wir meilenweit von einer solchen fairen Regelung entfernt!

Auch was die Flüchtlinge betrifft, müssen wir im Haushalt mit Personalkosten von 20.000 Euro rechnen. Diese müssten uns eigentlich 1:1 ersetzt werden. Wir bekommen aber nichts!

### Welche Konsequenzen drohen, wenn der Finanzminister sich im Landtag durchsetzt?

Dann müssen die Investitionen noch stärker heruntergefahren werden. Das Gleiche gilt auch für die sogenannten freiwilligen Leistungen, also z. B. Vereinsförderung, Seniorenbetreuung und anderes mehr. Als Bürgermeister einer Gemeinde mit einem ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement bedauere ich diese Entwicklung sehr.

### Gibt es eine Lösung?

Eine Lösung würde damit beginnen, dass die große Politik endlich ehrlich zugibt, dass wir für den Erhalt unserer Infrastruktur, für bessere Bildung und für den Erhalt einer solidarischen Gesellschaft mehr Geld im System brauchen. Es geht einfach nicht zu sagen: Ach, den Kommunen fehlt Geld? Weil mich der Staatsgerichtshof dazu zwingt, gebe ich etlichen Kommunen ein klein wenig mehr, indem ich bei anderen etwas abschöpfe, und erzähle im ganzen Land herum, wie toll ich das alles geregelt habe. Es muss einfach mehr Geld ins System. Die ehrenamtlichen Gemeindevertreter wollen nicht die Steuereintreiber für Gesetze sein, die von den Abgeordneten im Bund und im Land beschlossen werden. ■



# EIN SCHÖNES NEUES JAHR!

**Auch 2015 geben wir alles!**

Wir setzen uns ein. Für Hammersbach. Für Dich.



[www.spd-hammersbach.de](http://www.spd-hammersbach.de)

## Veranstaltungshinweise

### Neujahrsempfang SPD Hammersbach

**Am Sonntag,  
18. Januar 2015 · 15.00 Uhr  
im Historischen Rathaus Marköbel**

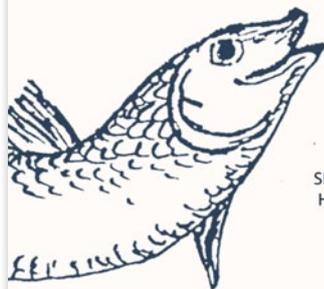
Die Hammersbacher Sozialdemokraten laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.

Als Gast erwarten wir die Erste Kreisbeigeordnete  
Susanne Simmler.



### Einladung zum *Heringessen*

Aschermittwoch  
18. Februar 2015 · 18.00 Uhr  
**neu:** Martin-Luther-Haus Marköbel



Veranstalter:  
SPD Ortsverein  
Hammersbach



### ROCK IN DEN MAI

MIT DER  
**MATTHIAS  
BASELMANN BAND**

30. April ab 20:30 Uhr  
Bürgertreff Hammersbach



**HÖRPROBE?**  
Einfach QR-Code mit dem  
Smartphone oder Tablet  
scannen und Video anschauen!



## Kontakt & Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein und SPD-Fraktion Hammersbach  
ViSdP: Wilhelm Dietzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion  
Wilfried Bender, Vorsitzender der SPD Hammersbach  
Redaktion: Wilhelm Dietzel, Stefanie Schietzold (mainblick)  
Auflage: 2500 Stück  
Gestaltung: mainblick konzept und gestaltung, hanau  
[www.mainblick-hanau.com](http://www.mainblick-hanau.com)

**SPD Ortsverein Hammersbach**  
Wilfried Bender  
Unter den Weingärten 54  
63546 Hammersbach  
Telefon: 0 61 85 / 71 15  
E-Mail: [fragen@spd-hammersbach.de](mailto:fragen@spd-hammersbach.de)  
Internet: [www.spd-hammersbach.de](http://www.spd-hammersbach.de)

